

Horst Kahrs

IfG

Horst.Kahrs@rosalux.org

Datenstand: 2.9.2019, 01:00

Die Wahl zum 7. Landtag Brandenburg und zum 7. Sächsischen Landtag am 1. September 2019

WAHLNACHTBERICHT, ERSTE KOMMENTAR UND DATEN

ÜBERSICHT WAHLERGEBNISSE	2
Landtag Brandenburg	2
Sächsischer Landtag	2
ZUSAMMENFASSUNG UND ERSTE KOMMENTARE	3
AUSGEWÄHLTE EINZELASPEKTE DER WAHLERGEBNISSE	6
Einzelne Parteien	6
Brandenburg	6
Sachsen	7
ERKENNTNISSE DER VORWAHL- UND WAHLTAGSBEFRAGUNGEN	8
Einstellungen zu politischen Themen und Parteien	8
Ansichten über einzelne Parteien	11
Wahlverhalten und Soziale Merkmale	13
Sachsen	13
Brandenburg	14
Modellrechnungen zu vermeintlichen Wählerwanderungen	14
ZUM HINTERGRUND DER WAHLENTSCHEIDUNG: AUSGEWÄHLTE DEMOGRAFISCHE UND SOZIOÖKONOMISCHE STRUKTURMERKMALE	15
Brandenburg	16
Sachsen	18

Anhang A: Tabellen und Grafiken zum Wahlergebnis und zum Wahlverhalten

Anhang B: Tabellen/Grafiken zu ausgewählten demografische und sozioökonomische Strukturmerkmalen

Anhang C: Einige Vorschläge, wie über den Wahlausgang in Brandenburg und Sachsen zu reden wäre (29.8.2019)

Übersicht Wahlergebnisse

Landtag Brandenburg

BB: Übersicht Ergebnis Landtagswahl 1.9.2019 (vorl. amtl. Endergebnis) [Zweitstimmen]									
	2014			2019			Veränderung		
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate
Wahlberechtigte	2.094.458			2.088.602			5.856		
Wähler/-innen	1.002.753			1.280.982			278.229		
Wahlbeteiligung		47,9%			61,3%		-	13,5%	
Gültige Zweitstimmen	987.321	100%	88	1.265.039		88	- 277.718	100,0%	0
DIE LINKE	183.178	18,6%	17	135.572	10,7%	10	- 47.606	-7,8%	-7
SPD	315.202	31,9%	30	331.240	26,2%	25	16.038	-5,7%	-5
GRÜNE	60.767	6,2%	6	136.326	10,8%	10	75.559	4,6%	4
CDU	226.835	23,0%	21	196.989	15,6%	15	- 29.846	-7,4%	-6
FDP	14.376	1,5%	0	51.604	4,1%	0	37.228	2,6%	0
AfD	120.077	12,2%	11	297.429	23,5%	23	177.352	11,3%	12
NPD	21.605	2,2%	0	-			- 21.605	-2,2%	0
BVB/FW	26.317	2,7%	3	63.879	5,0%	5	37.562	2,4%	2
Sonstige	18.964	1,9%	0	52.000	4,1%		33.036	2,2%	0

Direktmandate

SPD: 25; Grüne: 1; CDU: 2; BVB/FW: 1; AfD: 15;

Sächsischer Landtag

SN: Übersicht Ergebnis Landtagswahl 1.9.2019 (vorl. amtl. Endergebnis) [Zweitstimmen]									
	2014			2019			Veränderung		
	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate	absolut	relativ	Mandate
Wahlberechtigte	3.376.627			3.287.568			- 89.059		
Wähler/-innen	1.659.497			2.188.535			529.038		
Wahlbeteiligung		49,1%			66,6%		-	17,4%	
Gültige Zweitstimmen	1.637.499	100%	126	2.166.216	100%	118	528.717	0,0%	-8
DIE LINKE	309.581	18,9%	27	224.411	10,4%	14	- 85.170	-8,5%	-13
SPD	202.396	12,4%	18	167.378	7,7%	10	- 35.018	-4,6%	-8
GRÜNE	93.857	5,7%	8	186.846	8,6%	11	92.989	2,9%	3
CDU	645.414	39,4%	59	695.494	32,1%	46	50.080	-7,3%	-13
FDP	61.840	3,8%	0	97.425	4,5%	0	35.585	0,7%	0
AfD	159.611	9,7%	14	595.530	27,5%	37	435.919	17,7%	23
NPD	81.051	4,9%	0	13.239	0,6%	0	- 67.812	-4,3%	0
Sonstige	83.749	5,1%	0	185.893	8,6%	0	102.144	3,5%	0

Direktmandate:

DIE LINKE: Juliane Nagel (wiedergewählt, Leipzig 2);
Grüne: 3 (Dresden 5, Leipzig 4, Leipzig 5)
AfD: 15; CDU: 41

Zusammenfassung und erste Kommentare

Der Ausgang der gestrigen Landtagswahlen bestätigt einige seit den Landtagswahlen 2016 zu beobachtende Tendenzen:

- (1) Die Repolitisierung der gesellschaftlichen Debatten hält an, politische Themen spielen in den Alltagsgesprächen wieder eine größere Rolle. Dabei handelt es sich weniger um bestimmte Themen, sondern um gesellschaftspolitische Richtungsfragen. Wie gefährdet ist die parlamentarische Demokratie, wenn eine rechte, nationalistisch-völkische Partei erstarkt? Welche Veränderungen kommen auf den Alltag zu durch Zuwanderung, sozioökonomische Veränderungen, was bedeutet das jeweils für die widerstreitenden Vorstellungen von einer guten Gesellschaft? Kurz, es finden gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um die Art und Weise des zukünftigen Zusammenlebens statt - und die Beteiligung an Wahlen steigt.
- (2) Die Zeit der Volksparteien, wie sie in der alten Bundesrepublik entstanden, ist vorbei. Das Parteiensystem hat sich verändert: statt zwei großer Parteien und mehrere kleinere Parteien konkurrieren jetzt mehrere mittelgroße Parteien und mehrere kleinere Parteien. Dadurch wird der mögliche Wahlausgang hinsichtlich der Frage, welche Parteien die Regierung bilden werden, für die Wähler und Wählerinnen unübersichtlicher und taktische Entscheidungen schwerer. Die Orientierung an Personen, in der Regel an der Ministerpräsidentin bzw. an dem Ministerpräsidenten gewinnt an Bedeutung. Michael Kretschmer und Dietmar Woidke besaßen über die Grenzen der eigenen Parteianhänger hinaus großes Ansehen, eine Wechselstimmung gab es nicht, obwohl die Zustimmung zu ihren Parteien sank. Je näher die Frage, wer regieren soll/wird, desto stärker zogen sie ihre Parteien in den Umfragen nach oben. Es wiederholte sich ein Bild aus dem Frühjahr 2016 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz: Der MP zog in einem Land seine Partei mit, die im anderen deutlich verlor.
- (3) Die Transformation des Parteiensystems führt zu schwierigen Regierungsbildungen. Spätestens nach diesen Wahlen müssen alle Parteien sich darauf einrichten, dass die altbekannten Muster der Regierungsbildung zur Ausnahme, die frühere Ausnahme zur Regel wird. Die notwendige Bildung von »ungeliebten« Koalitionen wird einerseits die öffentliche Debatte über den Charakter von Koalitionen demokratisieren, andererseits aber immer neue Nahrung für populistische Attacken gegen die »Altparteien«, die »Systemparteien« oder das »neoliberale Parteienkartell« liefern. Möglicherweise gewinnt in dem Maße, in dem die Anpassung an die neue Realität gelingt, die Rückkehr zu Koalitionswahlen: mehrere Parteien stellen ein gemeinsames Regierungsprogramm zur Wahl; an Bedeutung.
- (4) Die AfD hat sich im Parteiensystem als feste Größe etabliert. Die Frage, wie andere Parteien - insbesondere die CDU - es mit einer Zusammenarbeit halten wird, auch für die Entwicklung der AfD selbst, an Bedeutung gewinnen. Die AfD steht vor der strategischen Entscheidung, den Weg der sich ständig radikalisierenden Bewegung weiter zu verfolgen oder auf Umsetzung ihrer Mandatsmacht in Regierungsmacht zu setzen. Vereinigung wie die Werte-Union oder Personen wie H.-G. Maaßen fungieren bei letzterem als Brückentechniker. Seitens der anderen Parteien wird endlich zu realisieren sein, dass es sich bei der Wahlentscheidung für die AfD nicht um bloßen (einmaligen) Protest handelte, sondern eine Abwendung von anderen Parteien, ihren Programmen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Wer AfD wählt, will eine andere Gesellschaft.

[Diese Aspekte sind ausführlicher behandelt in den Thesen zur Transformation des Parteiensystems vom 29.8.2019, hier als [Anhang C](#)]

Die Wahlbeteiligung ist in beiden Ländern deutlich gestiegen. Alle Parteien konnten vormalige Nichtwähler (netto) mobilisieren, am stärksten gelang dies in beiden Ländern der AfD.

In beiden Ländern wurden die bestehenden Regierungen abgewählt, aber die Ministerpräsidenten bestätigt. Inwieweit bei den Wahlentscheidungen für die Partei des Ministerpräsidenten taktische Überlegungen, den Aufstieg der AfD zur »stärksten Partei« zu verhindern, eine Rolle gespielt haben, wie es am Wahlabend von Seiten der Grünen und der Linkspartei angedeutet wurde, bleibt spekulativ. Denn hätte es eine solche Stimmung im größeren Umfang gegeben, dann hätte sie sich ja zunächst vor allem bei den Anhängern der CDU und der SPD auswirken müssen.

Regierungsbildung: Im Sächsischen Landtag bleiben aufgrund der Kandidaten-Beschränkung der AfD-Liste auf 30 Personen zwei der AfD zufallende Sitze unbesetzt. Für eine Regierungsmehrheit reichen 60 Sitze. Eine Fortsetzung der bisherigen CDU-SPD-Koalition ist nicht möglich, ebenso keine CDU-Grüne-Regierung. Zweierkoalitionen könnte die CDU rechnerisch nur mit der AfD oder der Linkspartei bilden, was sie ausgeschlossen hat. Daher bleibt entweder die Bildung einer Minderheitsregierung oder eine »Kenia«-Koalition.

Im Landtag Brandenburg verlieren SPD und LINKE ebenfalls ihre Regierungsmehrheit. Nur zusammen mit den Grünen können gerade noch die notwendigen 45 Mandate erreicht werden. Ebenfalls unmöglich ist eine SPD-CDU-Koalition, auch hier würden die Grünen für eine (stabile) Mehrheit benötigt. Die CDU könnte auch mit der AfD keine Regierung bilden.

Die Wahlgewinnerin ist zweifellos die AfD. Am 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen gewinnt eine völkisch-nationalistische Partei nochmals an Zustimmung. Die AfD bestätigt im Kern ihre Ergebnisse der Bundestagswahl 2017 und der Europa-Wahl 2019 in beiden Ländern. Sie schafft den Durchbruch zur »stärksten Partei«, ihr nächstes Etappenziel nicht. Gelungen ist ihr in Brandenburg und Sachsen die Verschmelzung von rechtsbürgerlich-konservativen mit offen rechtsextremen, völkisch-nationalistischen Strukturen und Milieus, die dort seit Anfang der 1990er Jahre recht systematisch aufgebaut wurden. Getragen wird diese Partei von Wählern und - mit Abstrichen - Wählerinnen aus allen sozialen Schichten, einem klassen- und schichtenübergreifenden vertikalen Bündnis, wobei die Zustimmung aus den ideologischen Milieus der traditionellen Arbeitnehmerschaft, der Tradition der Facharbeit mit mittleren Qualifikationen, überdurchschnittlich ausfällt. Sie fand unter erwerbstätigen (männlichen) Personen besonders starke Zustimmung, ebenso im Braunkohlrevier der Lausitz und in Wahlkreisen mit schrumpfender Einwohnerzahl. Die Wähler der AfD geben eine hohe ideologische Übereinstimmung mit zentralen AfD-Positionen (Zuwanderung, Islam, Kriminalität) zu Protokoll, wissen um deren rechtsextreme Positionen, von denen ein Drittel bis die Hälfte sagen, eine größere Abgrenzung wäre nötig und wollen ihre Meinung äußern können, ohne dafür kritisiert, etikettiert oder zurückgewiesen zu werden.

DIE LINKE ist die Verliererin des Wahlabends. Sie verliert Stimmen in alle Richtungen. Sowohl als Regierungs- wie als Oppositionspartei schrumpft sie gleichmäßig auf rund ein Zehntel der Stimmen, womit sie das Ergebnis der Europawahl nochmals unterschreitet. Langjährige Diskussionen, welche Rolle der Partei besser zu Gesicht stände, erwiesen sich als wenig zielführend. Vordergründig haben die Versuche, sich wieder stärker auf die ländlichen Regionen auszurichten (Sachsen) oder in der Regierungsrolle eine Verjüngung der Partei durchzuführen (Brandenburg), nicht zu den kurzfristig erhofften Erfolgen geführt. Tatsächlich liegen die Probleme tiefer: Die Folgen der Altersstruktur der Mitgliedschaft und Wählerschaft wirken stärker, die Jahrgänge der 1989 etwa 15-35jährigen, die heute in der zweiten Hälfte ihres Erwerbslebens stehen, waren traditionell schwach vertreten, so dass hier wichtige Bindungen fehlen, die zwischenzeitlich überdurchschnittliche Zustimmung unter Jüngeren ist nicht mehr zu beobachten. Schließlich haben die jüngeren Auseinandersetzungen innerhalb

der Partei zu einem neuen, eher lähmenden Konflikt geführt, der auch in der Außendarstellung wahrnehmbar ist: Ob sich eine linke Partei vor allem als Anwalt der »Armen und Schwachen« in der Gesellschaft verstehen müsse oder (!) als entschiedene Verfechterin von »Menschheitsfragen« (wie dem Klimawandel und seinen Folgen). Stärke der Linken waren immer Phasen, in denen verteilungspolitische Fragen mit den politischen Leidenschaften für eine bessere, gerechtere Gesellschaft als greifbarer Vision verbunden werden konnten. Diese »programmatische« Lücke teilen sich DIE LINKE und die SPD, programmatische Erneuerung, neue Ideen bei den Antworten auf die großen Zukunftsfragen scheint unausweichlich.

Die CDU zählt ebenfalls zu den Wahlverlierern. Sie bekommt in beiden Ländern ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die neue Parteiführung ist geschwächt, die Frage, wie die Auseinandersetzung mit der AfD zu führen sein wird, wird nochmals an Bedeutung gewinnen.

Die SPD schneidet in beiden Ländern ebenfalls so schlecht ab wie nie zuvor, sie fährt in Sachsen das schlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt ein. Wie bei anderen Parteien auch mag dabei die bundespolitische »Performanz« - Bleibt man in der Groko, wie sieht die neue Parteiführung und der Kurs der Partei aus? - eine Rolle gespielt haben.

Die Grünen bleiben hinter ihren Umfragewerten zurück. Allerdings werden sie als ausgewiesene Westpartei in Brandenburg erstmals zweistellig in den Landtag gewählt. Als Gegenpol zur AfD können sie sich in beiden Ländern nicht profilieren. Sie wird vor allem gewählt von Menschen, denen die Klimafrage am Herzen liegt. Unter jungen Wählerinnen und Wählern und höher Gebildeten ist sie besonders stark. In beiden Ländern besteht die Aussicht, in Koalitionsverhandlungen und Regierungsverantwortung einzutreten.

Ausgewählte Einzelaspekte der Wahlergebnisse

Einzelne Parteien

Der AfD gelingt es in Brandenburg, ihren Zweitstimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl nochmals um 3 Prozentpunkte zu erhöhen. Sie erreicht absolut trotz niedrigerer Wahlbeteiligung fast so viele Stimmen wie bei der Bundestagswahl 2017. Ein solcher Mobilisierungserfolg gelingt der AfD in Sachsen nicht. Sie erreicht zwar 0,5 Prozentpunkte mehr beim Stimmenanteil, doch zwei Prozentpunkte weniger beim Ausschöpfungsgrad, der die Zweitstimmen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten misst. Absolut sind es gut 70.000 Stimmen weniger als bei der Bundestagswahl 2017

SN-BB: AfD-(Zweit-)Stimmen: Anteile und Ausschöpfungsgrad							
		BTW13	EP14	LTW14	BTW17	EP19	LTW19
(Zweit-)Stimmenanteil	BB	6,0%	8,5%	12,2%	20,2%	19,9%	23,2%
	SN	6,8%	10,1%	9,7%	27,0%	25,3%	27,5%
Stimmen/Wahlberechtigte	BB	4,0%	3,9%	5,7%	14,7%	11,6%	14,2%
	SN	4,6%	4,8%	4,7%	20,1%	15,8%	18,1%

Die LINKE unterbietet das schlechte Ergebnis der Europawahl in beiden Ländern nochmals deutlich, trotz einer höheren Wahlbeteiligung erreicht sie absolut weniger Stimmen. Nur noch gut jeder zehnte Wähler machte sein Kreuz bei der Partei, knapp jeder 15. Wahlberechtigte.

SN-BB: LINKE-(Zweit-)Stimmen: Anteile und Ausschöpfungsgrad									
		LTW09	BTW09	BTW13	EP14	LTW14	BTW17	EP19	LTW19
(Zweit-)Stimmenanteil	BB	27,2%	28,5%	22,4%	19,7%	18,6%	17,2%	12,3%	10,6%
	SN	20,6%	24,5%	20,0%	18,3%	18,9%	16,1%	11,7%	10,4%
Stimmen/Wahlberechtigte	BB	17,7%	18,6%	15,1%	8,9%	8,7%	12,5%	7,2%	6,5%
	SN	10,5%	15,7%	13,7%	8,7%	9,2%	12,0%	7,3%	6,8%

Brandenburg

[Grafik 1 - Anhang A]. Die SPD stellte seit 1990 mit Manfred Stolpe, Matthias Platzeck und Dietmar Woidke die Ministerpräsidenten. Sie kommunizierte sich als die »Brandenburg-Partei«, erreichte aber nur ein einziges Mal, 1994, bei einer Landtagswahl mit 54,1% die absolute Mehrheit. Überwiegend regierte sie in Koalitionen, von 1999 bis 2009 mit der CDU, seit 2009 mit der Linkspartei. Bis zur Bundestagswahl 2017 brachten alle Wahlen im Land Brandenburg eine Mehrheit für die Parteien Mitte-Links-Parteien Grüne, SPD und Linke (PDS), wobei die Kräfteverhältnisse innerhalb dieses Lagers wechselten. Bei der Bundestagswahl 2013 deutete sich, bei starken Verlusten für die Linkspartei und deutlichen Gewinnen für die Union, erstmals eine Rechtsverschiebung an. Tatsächlich erreichten die Mitte-Links-Parteien 2017 nur noch knapp 40% der Stimmen, bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 nur wenig mehr. Gegenüber der Bundestagswahl 2013 sank die LINKE von 22,4% auf 12,3%, die SPD von 23,1% auf 17,2%, während die Grünen sich von 4,7% auf 12,3% fast verdreifachen konnten. Allerdings gingen diese Verluste links nicht mit Gewinnen der Union einher, ihr Stimmenanteil sank in diesem Zeitraum von 34,8% auf 18%. Ein Aufschwung der Union, wie er 2013 noch möglich schien, wurde durch das Auftreten der AfD verhindert, die jüngst mit 19,9% zur stärksten Partei im Land wurde.

[Grafik 2 - Anhang A] Dass die Rechtsverschiebung nachhaltig und dauerhaft sein wird, lässt sich angesichts der allgemeinen programmatischen und kommunikativen Schwäche von SPD

und Linkspartei vermuten. Tatsächlich gibt es eine ausgeprägte Bereitschaft im Land, zwischen Beteiligung und Nicht-Beteiligung an einer Wahl zu wechseln. In der Mobilisierung von aktuellen Nichtwählern könnte für Mitte-links-Bündnisse eine größere Aussicht auf Umkehr des Rechtstrends liegen als in Versuchen, in Brandenburg Stimmen aus dem Mitte-rechts-Spektrum (zurück) zu gewinnen.

[Grafik 3 - Anhang A] In den Wahlkreisen gewinnen bei den Zweitstimmen entweder SPD oder AfD. Um stärkste Partei zu werden, reichen in Barnim II der SPD 21,3%. Die LINKE wird in keinem Wahlkreis mehr stärkste Partei, ebenso wenig die CDU, die bei der Bundestagswahl das Land »blau« gefärbt hatte. Die AfD wird mit einer Ausnahme in allen Wahlkreisen der Lausitz zur stärksten Partei, teilweise mit mehr als einem Drittel der Stimmen.

[Grafik 4 - Anhang A] Gewinne und Verluste in den Wahlkreisen

Sachsen

[Grafik 5 - Anhang A]. Das Parteiensystem in Sachsen prägte bis 2004 eindeutig die CDU - zumindest bei Landtagswahlen. Mit Kurt Biedenkopf regierte sie das Land monarchisch mit absoluter Mehrheit. Indes, diese Mehrheit war auf »König Kurt« bezogen und fragil. Denn was gut fürs Land war, war nicht gut für den Bund: Von 1998 bis 2009 erhielten die drei Mitte-Links-Parteien 50% und mehr der Stimmen. Gleichzeitig kamen sie bei den Landtagswahlen regelmäßig kaum über 35% der Zweitstimmen hinaus. Nach dem wenig rühmlichen Ende der Biedenkopf-Ära verlor die CDU 2004 mit 41,1% erstmals ihre absolute Mehrheit - ohne dass die Mitte-Links-Parteien davon profitieren konnten. Die Landes-SPD rutschte sogar erstmals unter die 10%-Marke - um ein Jahr später bei der Bundestagswahl mit 24,5% ihr zweitbestes Ergebnis in Sachsen zu erzielen.

Die Erosion der Anhängerschaft der Staatspartei CDU war nach der Biedenkopf-Zeit von vorneherein eine Erosion nach rechts. 2004 schaffte die NPD mit 9,2% den Einzug in den Sächsischen Landtag. Sie reüssierte vor allem bei jüngeren Wählern, erhielt bei Männern unter 25 Jahren einen Anteil von 25%. Der Erfolg der NPD verdankte sich dem vorherigen Aufbau von rechtsextremen Strukturen in der regionalen Zivilgesellschaft. Mittlerweile sind diese jungen Wähler 15 Jahre älter und stehen mitten im sozialen Alltagsleben und bilden, neben Wertkonservativen CDU-Anhängern, ein Rückgrat der AfD. Die Wanderung ins national-völkische Lager erfasste die Mitte-Links-Parteien bei der Landtagswahl 2014 noch nicht in beachtlichem Umfang, wohl aber bereits bei der Bundestagswahl 2013 (Stimmenverluste für die LINKE) und dann endgültig 2017. Hier lag der Stimmenanteil der Mitte-Links-Parteien bei einer Bundestagswahl erstmals wieder seit der Wahl 1990 unter demjenigen bei einer Landtagswahl.

Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Einstellungen zu politischen Themen und Parteien

Die abgefragten Sichtweisen auf die Lebensverhältnisse und die politischen Einstellungen zu Parteien unterscheiden sich in den beiden Ländern nicht grundlegend, führen aber zu anderen Parteipräferenzen. In Sachsen liegt die Regierungspartei CDU vorn, in Brandenburg bei den gleichen Themen die Regierungspartei SPD.

Die Umfrageergebnisse legen nahe, dass es vor allem sozialräumliche Veränderungen sind, wie die ärztliche Versorgung oder die Polizeipräsenz, die als Verschlechterungen der Lebenssituation, der kollektiven Güter/Infrastruktur wahrgenommen werden. Es sind Dinge, die mit Entfernungen und Mobilität zu tun haben und mit dem dafür notwendigen Zeitaufwand. Gleichwohl fasst nur ein relativ kleiner Teil alle Veränderungen in dem Urteil zusammen, dass sich die Lebensumstände verschlechtert haben (Daten nur für Brandenburg).

Umfragen zu Lebensverhältnissen (Infratest dimap)		
	BB	SN
»Ich mache mir große Sorgen, dass...		
...der Klimawandel unsere Lebensgrundlagen zerstört.«	69	63
...die Kriminalität künftig massiv zunimmt.«	58	57
...der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird.«	54	60
...wir einen Verlust der deutschen Kultur und Sprache erleben.«	49	53
»In diesen Bereichen hat sich die Situation in den vergangenen Jahren verschlechtert.«		
Ärztliche Versorgung	36	32
Polizeipräsenz	36	30
Öffentlicher Nahverkehr	30	26
Schulen und Kitas	20	
Einkaufsmöglichkeiten	13	
Kleine Gemeinden: »In diesen Bereichen hat sich die Situation zuletzt verschlechtert.«		
Öffentlicher Nahverkehr	38	43
Ärztliche Versorgung	36	41
Polizeipräsenz	35	41
Einkaufsmöglichkeiten	25	28
Schulen und Kitas	16	22
Wirtschaftliche Lage		
gut	58	75
schlecht	38	23
»Lebensumstände habe sich verschlechtert«	12	
Zufriedenheit mit der Demokratie		
zufrieden	52	45
unzufrieden	48	55

Umfragen zu den Lebensverhältnissen nach Parteianhängern (Infratest dimap)				
	BB		SN	
	Ja	Nein	Ja	Nein
Zufriedenheit mit der Demokratie				
LINKE	50	50	47	53
SPD	67	33	62	38
Grüne	73	25	77	23
CDU	65	34	70	30
FDP	59	41	60	40
AfD	13	87	14	86
»Lebensumstände haben sich verschlechtert.«				
LINKE	11			
SPD	6			
Grüne	9			
CDU	9			
FDP	4			
AfD	24			
»Sorgen, dass die Kriminalität massiv zunimmt.«				
LINKE	48	51	44	14
SPD	49	49	33	62
Grüne	24	76	21	79
CDU	58	42	54	46
FDP	44	56	43	57
AfD	88	12	86	14
»Sorge, dass sich unser Leben zu stark verändert.«				
LINKE	46	54	25	73
SPD	29	70	29	64
Grüne	25	74	8	89
CDU	42	56	34	65
FDP	35	65	21	67
AfD	80	19	84	14
»Sorgen, dass der Einfluss des Islam zu stark wird.«				
LINKE	36	60	44	53
SPD	41	58	43	50
Grüne	22	78	11	89
CDU	55	45	56	44
FDP	46	54	40	60
AfD	92	6	98	2

Werden die Antworten nach Parteipräferenzen unterschieden, zeigt sich ebenfalls eine ähnliche Verteilung in beiden Ländern. Die AfD-Anhänger zeichnen sich durch eine hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie aus, sind viel häufiger der Meinung, dass sich die Lebensumstände verschlechtert haben, Sorgen sich vor einer Zunahme der Kriminalität und des Einflusses des Islam. FDP-Anhänger und CDU-Anhänger kommen ihnen in einigen Punkten in der Tendenz nach.

Die Sorge, dass sich unser Leben zu stark verändert, treibt auch Anhänger der Linkspartei in Brandenburg stark um, nicht aber so sehr in Sachsen.

Die geringsten Sorgen haben die Anhänger der Grünen, sie sind auch in beiden Ländern diejenigen, die mit der Demokratie am zufriedensten sind.

Die Frage, welche Rolle im 30. Jahr der »Wende« die Situation und das Lebensgefühl der Ostdeutschen spielen würde, ob die AfD zur neuen Partei der Ostdeutschen werden würde, bestimmte viele Kommentare vor dem Wahltag. Infratest dimap versucht sich diesem Thema anzunähern. In Brandenburg meinten 13%, in Sachsen immerhin 23%, dass die AfD am ehesten die »Interessen der Ostdeutschen vertreten würde. Wäre diese Interessenvertretung ein wichtiger wahlentscheidender Punkt gewesen, das schlechte Ergebnis für DIE LINKE wäre wohl nicht zustande gekommen...

»Welche Partei vertritt am ehesten die Interessen der Ostdeutschen?« (Infratest)		
	BB	SN
LINKE	26	25
AfD	13	23
CDU		20
SPD	24	10
Keine Partei	20	

Zustimmung zu folgender Aussage (Infratest dimap)		Alle	Wähler von					
			LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
»Ostdeutsche sind Bürger zweiter Klasse.«	BB	59	70	56	36	38	59	77
	SN	66	72	65	34	56	63	78
»Unterschiede Ost/West werden wieder größer.«	BB	37	44	28	26	21	44	51
	SN	40	47	32	21	28	30	55
»Politik und Wirtschaft sind immer noch zu stark von Westdeutschen bestimmt.«	BB	70	75	75	73	46	67	76
	SN	77	80	82	67	77	80	79
»Zur DDR-Zeit hat der Staat mehr für seine Bürger getan.«	BB	37	51	34	16	21	26	46
	SN	37	50	19	16	19	16	55
»Bei bestimmten Themen wird man heute ausgegrenzt, wenn man seine Meinung	BB							
	SN	69	59	55	50	48	62	98
»Mentalität Ost/West bleibt unterschiedlich.«	BB	72	79	76	50	66	79	83

Die Antworten zu bestimmten Ansichten und Auffassungen zum Ost-West-Verhältnis zeigen, dass sie in allen Parteienanhängerschaften zu finden sind, besonders ausgeprägt bei AfD- und LINKE-Anhängern und vielfach auch bei FDP-Anhängern. Mehr als ein Drittel ist der Auffassung, dass der DDR-Staat »mehr für seine Bürger getan« hat.

Bei den Kompetenzen, die Parteien zugeschrieben werden, zeigen sich die bereits weiter oben angesprochenen Unterschiede zwischen SPD und CDU deutlich, je nachdem, ob die (führende) Regierungspartei oder Opposition bzw. kleinerer Partner sind. Die kleineren Parteien werden deutlich profiliert wahrgenommen. Die Linke mit hoher Kompetenz für Soziale Gerechtigkeit, die Nöte Ostdeutscher und schwächer, aber deutlich noch für Bildung.

Parteikompetenzen im Bereich ...										
	LINKE		SPD		Grüne		CDU		AfD	
	BB	SN	BB	SN	BB	SN	BB	SN	BB	SN
Infrastruktur	6	5	30	12	3	4	18	31	3	9
Bildung	12	13	26	17	4	4	14	24	5	12
Klimaschutz	3	3	8	3	36	39	10	19	5	8
Ausländer	7	10	18	10	7	6	14	21	22	27
Arbeitsplätze	5	5	20	9	2	3	24	41	4	6
Wirtschaft	2	3	26	6	2	2	19	43	4	9
Soziale Gerechtigkeit	25	22	31	23	4	3	11	21	4	11
Sorgen/Nöte Ostdeutsche	25	21	21	10	1	0	5	20	13	19

Quelle: FGW, 1.9.2019, 21:00

Die wichtigsten Probleme im Land (FGW)		
	BB	SN
Infrastruktur	28	15
Schule/Bildung	17	19
Klima/Umwelt/Energiewende	13	11
Arbeitslosigkeit	12	
Ausländer/Flüchtlinge	12	18
AfD/Rechte		15

Quelle: FGW, 1.9.2019, 21:00

An der fehlenden Kompetenzzuschreibung bei »Sozialer Gerechtigkeit« kann der Absturz in der Wählergunst nicht gelegen haben. Soziale Gerechtigkeit zählte aber auch nicht zu den wichtigsten Problemen in den beiden Ländern. »Soziale Sicherheit« spielte mit Abstand die größte Rolle für die Wahlentscheidung pro LINKE.

»Bei meiner Wahlentscheidung spielte ... die größte Rolle.« (Infratest)		Wähler von					
		LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Zuwanderung	BB	2			5		30
	SN	5	2		2		34
Umwelt und Klima	BB	9	11	67	6	6	4
	SN	11	10	50	5		
Soziale Sicherheit	BB	31	20	2	15	4	3
	SN	27	31	8	16	26	11

Welches Thema spielte für ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?								
Infratest dimap		Alle	Wähler von...					
			LINKE	SPD	Grüne	CDU	FDP	AfD
Soziale Sicherheit	BB	16	31	20		15		
	SN	17	27	31		16	26	11
Umwelt, Klima	BB	16			67			50
	SN	10						
Bildung	BB	14	15	15	13	20	34	
	SN	14	14	16	16	14		
Wirtschaft, Arbeit	BB	14		23		20	36	
	SN	13				26	30	
Kriminalität, Innere Sicherheit	BB	10					12	20
	SN	11					18	18
Löhne, Rente	BB	10						14
	SN	11	22	19				
Lebensverhältnisse Stadt/Land	BB		13					
	SN							
Zuwanderung	BB							30
	SN	12						34

Ansichten über einzelne Parteien

Die Ansichten zur AfD bei allen Befragten wie bei den Anhängern bilden ihre polarisierende Rolle deutlich ab: die Grenzüberschreitung, die Kontraposition in der Klimapolitik, aber auch ihre Brückenfunktion zum Rechtsextremismus. Die Feststellung mangelnder Distanzierung auch unter den eigenen Anhängern ist immer immer noch ungebrochen hoch.

Umfragen zur AfD (Infratest)				
	BB		SN	
	Alle	AfD-Wähler	Alle	AfD-Wähler
»Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?«				
Zuwanderung		30		34
Kriminalität, Innere Sicherheit		20		18
Soziale Sicherheit				11
Löhne, Rente		14		
Kompetenzen der AfD				
Kriminalitätsbekämpfung	22		26	
Asyl- und Flüchtlingspolitik	18		25	
Ostdeutsche Interessen	10		23	
Ansichten über die AfD				
»Spricht aus, was in anderen Parteien nicht gesagt werden darf.«	56	99	58	98
»Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will.«	47	97	51	99
»Hat ein gutes Gespür für die Menschen in (Brandenburg, Sachsen).«	37		45	
»Distanziert sich nicht genug von rechtsextremen Positionen.«	77	37	77	48
»Finde es gut, dass sie in der Klimadebatte den anderen Parteien etwas entgegensetzt.«	37	90		88
»Ist die einzige Partei, mit der ich meinen Protest gegenüber der Politik ausdrücken kann.«		87		83

Dass die Partei die einzige ist, durch deren Wahl ihre Anhänger ihren Protest »gegenüber der Politik« ausdrücken können, ist eher als unsinnige Aussage zu bewerten. Bedeutsam wäre zu erfahren, wie viele AfD-Anhänger diese Aussage unterstützt haben und gleichzeitig keinen weiteren Grund für die AfD-Wahl angegeben haben. Ohne diese Auskunft wäre als Schlussfolgerung nur die Behauptung zulässig, dass der Protest eine bestimmte inhaltliche Gegenposition zur obwaltenden Politik beinhaltet.

Umfragen zu DIE LINKE (Infratest)				
	BB		SN	
	Alle	Wähler	Alle	Wähler
»Welches Thema spielt für Ihre Wahlentscheidung die größte Rolle?«				
Soziale Sicherheit		31		27
Löhne, Rente				22
Bildung		15		14
Lebensverhältnisse Stadt/Land		13		
Kompetenzen der AfD				
Soziale Gerechtigkeit	24		27	
Familienpolitik	21		19	
Bildungspolitik	16		16	
Asyl- und Flüchtlingspolitik	12			
Ansichten über die AfD				
»Es fehlen neue politische Ideen.«	64		68	42
»Sieht die Flüchtlinge zu positiv.«	53		59	
»Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich.«	58	100	58	95
»Es ist an der Zeit, dass die Linkspartei auch in Sachsen mitregiert.«			44	96
»Kümmert sich am stärksten um die Probleme vor Ort.«		91		93
»Finde es falsch, dass sie früher als geplant aus der Braunkohle aussteigen will.«		32		
»Hat in der Landesregierung nichts durchgesetzt, was mir besonders aufgefallen wäre.«	70			

Wenn sogar die eigenen Wähler finden, dass der Partei neue politische Ideen fehlen, dann findet sich hier vielleicht eine Spur, um das Ergebnis zu fassen: Man kennt die Partei, weiß, was man an ihr (nicht) hat, und findet, dass gerade andere Dinge wichtiger sind oder die bekannten Ideen ja doch nicht funktionieren, weil schon so lange nichts daraus geworden ist, weil die Welt sich geändert hat, oder ...

Eine zweite Spur ist das unauffällige Regieren. Die Auffassung, dass etwas durchgesetzt wurde, verbreitet sich nur über den zuvor ausgetragenen Konflikt (die in Brandenburg wenn, dann öffentlich wahrnehmbar von der SPD geführt wurden).

Schließlich deuten die Einschätzungen zu Flüchtlingen und Braunkohle daraufhin, dass politische Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei und ihre unzureichende (Er-)Klärung durchaus wahrgenommen werden.

Wahlverhalten und Soziale Merkmale

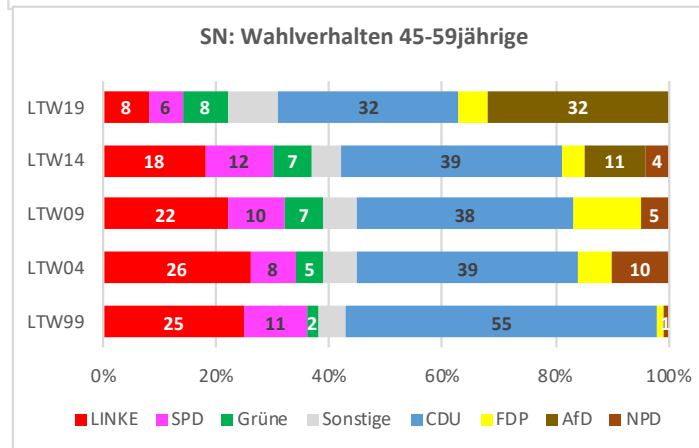
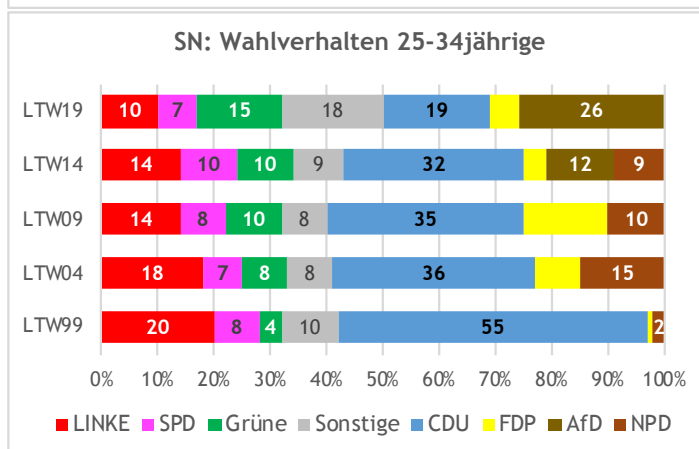
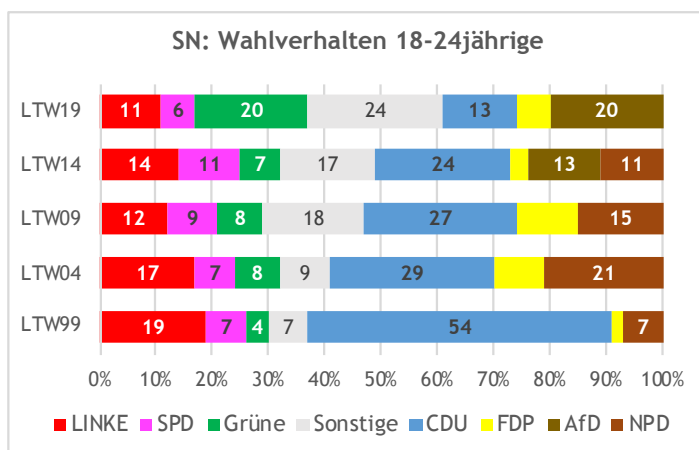
Die bei Redaktionsschluss dieses Wahlberichtes öffentlich vorliegenden Ergebnisse der Befragungen sind im Anhang A, Tabellen 7 bis 10 zusammenfassend wiedergegeben. Dabei wurden auch rückblickend Ergebnisse bis 1999 mit einbezogen, um deutlich zu machen, dass manche Veränderungen im Wahlverhalten sich über die Altersgruppen hinweg fortsetzen. Einige Daten werden nachfolgend hier besonders herausgehoben.

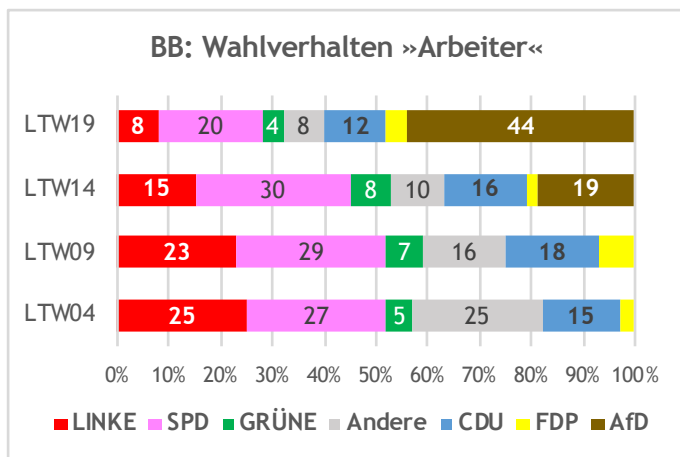
Sachsen

Die Daten von Infratest für Sachsen zeigen für das Wahlverhalten nach Altersgruppen, dass die Verluste der CDU 2004 zu Gunsten der NPD und der FDP ausfallen. Nur in der jüngsten Altersgruppe gewinnen die Grünen etwas hinzu. In dieser Altersgruppe differenziert sich das Wahlverhalten immer weiter aus. Aktuell hat mehr als ein Viertel eine Partei gewählt, die nicht im Sächsischen Landtag vertreten ist.

Die 21% der jüngsten Altersgruppe, die 2004 die NPD wählten, findet sich 2014 in der nächst höheren Altersgruppe wieder, mit 12% für die AfD und 9% für die NPD. 2019 hat sich der AfD-Anteil auf 26% erhöht, ein Teil dieser 2004 jüngsten Altersgruppe dürfte sich 2019 bereits in der Gruppe der 35-44-jährigen befunden haben. Unabhängig von diesem sich über verschiedene Alterskohorten erhaltenden Wahlverhalten findet 2019 eine massive Veränderung im Wahlverhalten der 45-59-jährigen statt. Die Verluste von SPD und Linken unter diesen Personen in der zweiten Phase ihres Erwerbslebens sind dramatisch.

Die AfD erreicht unter wählenden Arbeitern in Sachsen 35%, unter Personen mit mittlerer Bildung sogar weit überdurchschnittliche 37%. Auch unter Hauptschülern ist sie nun mit 30% überdurchschnittlich vertreten.





Brandenburg

In Brandenburg gewinnen die Grünen ebenfalls bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern stark hinzu, während LINKE, SPD und CDU deutlich verlieren. Die Gewinne der Grünen können allerdings auch hier die Verluste von SPD und LINKE nicht mehr ausgleichen. Noch deutlicher wird dies bei der Altersgruppe darüber, die sich bereits überdurchschnittlich der AfD zuwendet. In Brandenburg ist dies die Altersgruppe, in der die AfD am stärksten vertreten ist, gefolgt von der Gruppe der 35-44jährigen, während sie bei den Älteren etwas schwächer abschneidet.

Besonders auffallend ist der Erfolg der AfD unter wählenden Arbeitern. Hier erreicht sie in Brandenburg 44%!

Modellrechnungen zu vermeintlichen Wählerwanderungen

Bei den hier wieder gegebenen Zahlen ist zu bedenken, dass sie auf Vergleichen mit der Landtagswahl 2014 beruhen. Das bedeutet, dass möglicherweise eine Person, die 2014 nicht gewählt hat, bereits 2017 bei der Bundestagswahl die AfD gewählt und es jetzt wieder tut, also eigentlich bereits ein mobilisierter AfD-Wähler ist. Ebenso verhält es sich mit der Wanderung von einer Partei A zur Partei B. Eine Person, die 2014 die LINKE gewählt hat, könnte bereits 2017 die AfD gewählt und dies jetzt wiederholen. Mit anderen Worten: Möglicherweise spiegeln die Modelle in einem unbekanntem Ausmaß eine »Wanderung« als aktuell vor, die bereits vor zwei Jahren stattgefunden hat

Brandenburg

Die AfD gewann nach den Wählerwanderungsmodellen von Infratest dimap ihre zusätzlichen Stimmen von vormaligen Nichtwählern (100.000), der CDU (29.000), der Linkspartei (13.000) und der SPD (12.000).

DIE LINKE verlor an die SPD (19.000), an die AfD (13.000), an die Grünen (12.000) und an die BVB/FW (5.000), unter ehemaligen Nichtwählern gewann sie 7.000 Stimmen.

Nichtwähler gewannen auch die SPD (37.000), die CDU (27.000), die Grünen (17.000), die FDP (47.000) und der BVB/FW (16.000).

Sachsen (vorläufiges Ergebnis)

Die AfD gewann hier von Nichtwählern (226.000), von der CDU (84.000), von der Linkspartei (29.000), von der SPD (11.000), von FDP (6.000), von Anderen (36.000) und auch 3.000 Stimmen von den Grünen.

DIE LINKE verlor an die AfD (29.000), CDU (24.000), an die Grünen (11.000), an die SPD (7.000), an die FDP (6.000) und Andere (9.000); von den Nichtwählern gewann sie 15.000 Stimmen.

Unter Nichtwählern gewannen zudem die CDU (126.000), die SPD (17.000), die Grünen (25.000), die FDP (24.000) und Andere (33.000).

In beiden Ländern geben die Wanderungsmodelle keine Hinweise her, dass unter Anhängern bestimmter Parteien angesichts der zugespitzten Debatten um mögliche Durchbrüche der AfD in besonderem Ausmaß taktisch gewählt worden ist. Auszuschließen ist es nicht, da beide Ministerpräsidenten auch unter den Anhängern anderer Parteien relativ hoher Zufriedenheitswerte erzielten.

Zum Hintergrund der Wahlentscheidung: Ausgewählte demografische und sozioökonomische Strukturmerkmale

Im Jahr 30 nach der Wende 1989 bestehen deutliche sozio-ökonomische Unterschiede zwischen West und Ost und von einer Angleichung der Lebensverhältnisse kann nach etlichen statistischen Indikatoren nicht die Rede sein. Das Fortbestehen dieser Unterschiede führe zu enttäuschten Erwartungen und Gefühlen der Zurücksetzung und des Abgehängt-Seins »im Osten«, die wiederum in einem für den Beobachter überraschenden, »abweichenden« Wahlverhalten mündeten. Übersehen wird dabei, dass es bestimmter Mentalitäts- bzw. affektiver Wahrnehmungsmuster bedarf, innerhalb deren sowohl soziale Realität verarbeitet als auch politische Richtungen präferiert werden. Anders lässt sich nicht erklären, dass die gleiche Alltagsrealität verschieden interpretiert und zu unterschiedlichem Wahlverhalten führt.

Zumindest im Fall der Landtagswahlen darf zudem stark bezweifelt werden, dass der Ost-West-Vergleich eine besondere Rolle spielt. Vergleiche, in deren Ergebnis die eigene Lebenssituation in Relation zu anderen bewertet wird, werden in der Regel nicht über größere räumliche Distanzen hinweg angestellt, also nicht vor dem Hintergrund der Lebensverhältnisse in Nigeria, Griechenland oder Baden-Württemberg. Sie finden im regionalen sozialen Raum statt sowie im Verhältnis zu Nachbarn und Bekannten usw. in der eigenen Alltagswelt. Es kann davon ausgegangen werden, dass die regionalen Ungleichzeitigkeiten und Ungleichheiten, ein zunehmendes Auseinanderdriften der sozialräumlichen Alltagswelten in den ost-deutschen Ländern selbst, entscheidend sind für die Herausbildung eines Gefühls für den sozialen Raum, in dem man lebt, ob er eine Zukunft hat usw. Das Gefühl des Abgehängtseins und des Vergessen-Werdens von »der Politik« speist sich aus dem Muster, dass in der Landeshauptstadt aufwärts geht während man selbst immer mehr mit den Beschwerlichkeiten des Alltages zu kämpfen hat. Wenn auf der eine Seite die Einwohnerzahl schrumpft, Infrastruktur ausdünn, Arbeitswege länger und Mobilität beschwerlicher wird, während in einer anderen Ecke des Landes zu schnelles Wachsen zum Problem wird, dann stellt sich die Alltagswahrnehmung, in so etwas wie einer »bedrohten« oder »vergessenen« Region« zu leben, nicht erst mit Blick auf München, sondern bereits mit Blick auf Potsdam, Leipzig oder Dresden ein.

Schrumpfende Regionen sind in vieler Hinsicht Regionen, in denen die Alltagsroutinen bedroht sind: weil Menschen wegziehen, Läden verschwinden, Schulen und Ämter schließen, Wege länger werden. »Modernisierung« gilt schnell als eine zusätzliche Bedrohung, die von »der Politik« vorangetrieben wird. In bestimmten Milieus über Generationen modifiziert erhaltene Habitus- und Mentalitätsmuster prägen die Deutungen, die wiederum den Rohstoff für politische Mobilisierung bilden. Hierbei handelt es sich vor allem um drei Deutungsmuster: das Nationale bzw. Völkische, wonach die »eigenen Leute« zuerst kommen; »harte

Arbeit«, die von jedem zu erwarten sei und die alleinige Basis für soziale Anrechte bilde, weshalb Neuankömmlinge bzw. Nichtarbeitende erkennbar schlechter gestellt gehören; das Autoritäre bzw. Antidemokratische, mit dem vorstehenden Prinzipien als «Volkswillen» Geltung zu verschaffen sei. Nicht das Gefühl des »Abgehängtseins« oder der »Verunsicherung«, sondern das der Bedrohung eines für gut und erstrebenswert gehaltenen Lebensführungsmodells und Alltags wären dann als Erklärung für Wahlverhalten heranzuziehen. Als ein Indiz mag gelten, wie in Pegida- und AfD-Kreisen der Hinweis auf den doch sehr geringen Ausländeranteil »im Osten« ab 2014 beantwortet wurde: Man demonstriere ja gerade deshalb, damit es so bleibt und »bei uns« nicht Verhältnisse wie im Westen entstünden, namentlich in Städten wie Neukölln, Duisburg, Gelsenkirchen oder Essen. Jedenfalls sollte man solche Positionen als gesellschaftspolitische Kampfansage durchaus wörtlich nehmen.

Bei anhaltenden regional ungleichen Entwicklungen bilden schrumpfende Regionen eine Art »Rückzugsraum« für derartige Einstellungen, in denen sie überdurchschnittlich und zuweilen dominierend auftreten. Die Frage, wer abgewandert ist und abwandert und wer bleibt, spielt eine besondere Rolle. In schrumpfenden Regionen dünne auch die zivilgesellschaftlichen Strukturen, das soziale und kulturelle Kapital zu Engagement und Selbstorganisation aus. Stattdessen wächst eine Tendenz zum Autoritarismus aus, behauptet zumindest Jörg Schönenborn auf der Basis der AfD-Wahlergebnisse¹.

Sowohl Brandenburg als auch Sachsen haben in den vergangenen zehn Jahren eine weitere und fortgesetzte Vertiefung regionaler Ungleichheiten. Etliche Städte und Landkreise haben weiter mit Abwanderung jüngerer Einwohner und Einwohnerinnen in der Mitte des Erwerbslebens und einem beschleunigten Anwachsen des Anteils der Rentnerinnen und Rentner zu rechnen. Die Bevölkerungsdichte nimmt weiter ab. Eine Politik der Herstellung und Bewahrung gleichwertiger Lebensverhältnisse und der Sicherung von notwendigen Kollektivgütern steht mit Blick in die Zukunft vor Aufgaben, die zu bewältigen mit den in den vergangenen Jahrzehnten entwickelten Parametern und Indikatoren regionaler Planung nicht zu schaffen sein wird. Ministerpräsident Kretschmer hat das Problem in dem hilflosen Versprechen ausgedrückt, dass von nun an keine Schule mehr geschlossen werden.

Nachfolgend werden wachsende sozialräumliche Ungleichheiten in Brandenburg und Sachsen anhand der Indikatoren allgemeine Bevölkerungszahl und Arbeitsplatzentwicklung illustriert. Die zugehörigen Tabellen finden sich im Anhang B.

Meine Arbeitshypothese lautet: Das Wahlergebnis in Sachsen und Brandenburg ist nur auch vor diesem Hintergrund zu verstehen. Es handelt sich dabei nicht um ein Ost-West-Problem (im Sinne von: »Wende-Problem«), sondern um ein allgemeines Problem unterschiedlicher sozialräumlicher Entwicklung. Manche Regionen im Osten stellen mit ihrer jetzt schon außerordentlich niedrigen Einwohnerdichte gesamtdeutsche Laboratorien dar. Für den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft ist es nicht unbedeutend, ob und welche demokratieverträglichen Lösungen gefunden werden.

Brandenburg

Brandenburg lässt sich als zweieinhalbfach geteiltes Land beschreiben. Insgesamt verzeichnet im Gegensatz zu anderen Ostländern einen leichten Bevölkerungszuwachs und eine der

¹ Matthias Meißner: Wer zurückbleibt, wählt oftmals die AfD. Soziologen wissen: Durch Abwanderung wird eine Bevölkerung autoritärer. Das zeigt sich auch in Ostdeutschland: Betroffene Regionen haben viel mehr AfD-Wähler. <https://www.tagesspiegel.de/politik/abwanderung-fuehrt-zu-protestwahl-wer-zurueckbleibt-waehlt-oftmals-die-afd/24958316.html>, 30.08.2019, 11:02

höchsten Wachstumsraten bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Jedoch findet diese positive Entwicklung fast ausschließlich im Metropolenraum Berlin statt, d.h. in den an Berlin angrenzenden Landkreise (bzw. nochmals nach Nähe differenziert in diesen Landkreisen). [Vgl. Tabelle 1 in Anhang B]. Bereits in den 2000er Jahren erlebten Berlin-nahe Städten und Gemeinden einen Bevölkerungszuwachs von bis zu 25%, der sich nach 2010 fortsetzte. Eine Stadt wie Brandenburg a.d.H. verlor bis 2010 jeden fünften Einwohner, ab 2010 kam die Schrumpfung zum Stillstand. Potsdam wuchs seit 2010 mit 13,5% am stärksten, während Frankfurt/Oder oder Cottbus nochmals Einwohner verloren, insgesamt bis zu einem Drittel des Standes von 1991. Ähnlich sehen die Zahlen für berlinferne Landkreise wie die Uckermark, Oberspreewald-Lausitz oder Elbe-Elster aus. Von 124 Städten und Gemeinden in Brandenburg, die 2010 mehr als 5.000 Einwohner hatten, hatten 59 bis 2018 weitere Bevölkerungsverluste von bis zu einem Fünftel in Eisenhüttenstadt. 65 hatten Einwohnerzuwächse, davon in einer Größenordnung von bis zu einem Sechstel im Berliner Umland.

Der Anteil über 65jähriger Einwohner und Einwohnerinnen in Brandenburg stieg von 15,6% im Jahr 2000 auf 24,5% in 2017, wobei der Anteil in den »Randregionen« deutlich über dem Durchschnitt liegt. Deutlich gealtert ist auch die Struktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (siehe unten).

Wachstum- und Schrumpfungprobleme müssen gleichzeitig an unterschiedlichen Orten bewältigt werden, ein regionaler Ausgleich ist mit der letzten Kreisgebietsreform gescheitert. Ein erneuter Versuch wurde angesichts der breiten Proteste gegen noch größere Einheiten abgebrochen. Dabei ist Brandenburg mit durchschnittlich 85 Einwohnern je Quadratkilometer in weiten Teilen ein ausgedünntes Land. In der Prignitz sind es lediglich 36, im Landkreis Ostprignitz-Ruppin und in der Uckermark sind es 39, in Elbe-Elster 54 Einwohner je qkm. Die größte Dichte haben die Landkreise Oberhavel (116) und Barnim (122). Sie liegen damit aber kaum über den am dünnsten besiedelten Landkreisen in Baden-Württemberg (Main-Tauber-Kreis 101, Sigmaringen 109 Einwohner/qkm). Sicherlich hat sich die Abwanderung nach der Wende nochmals dramatisch erhöht, doch zeigt die im Vergleich immer noch niedrige Besiedlungsdichte in den wachsenden Regionen Brandenburgs, dass es sich vor allem auch um ein traditionell dünnbesiedeltes Land mit entsprechenden Infrastrukturproblemen handelt.

Mit der Bevölkerungszahl ändert sich auch die Zahl der Wahlberechtigten. In 14 von 44 Landtagswahlkreisen liegt sie heute höher als 2009, in den anderen 30 um bis zu 15% niedriger [vgl. Tabelle 2 in Anhang B]. In den Kreisen mit zurückgehender Zahl der Wahlberechtigten ist in der Regel (»leichte« Korrelation) die Wahlbeteiligung niedriger als in wachsenden Wahlkreisen, was in Teilen auch eine Folge des höheren Anteils älterer Männer und Frauen sein kann.

Positiv entwickelt hat sich in Brandenburg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze [Vgl. Tabelle 3 in Anhang B]. Von Ende 2008 bis Ende 2018 hat sie um fast 14% oder über 110.000 Arbeitsplätze in Brandenburg zugenommen. Allerdings ist die Zahl der Vollzeitstellen um 5.000 gesunken. Das Wachstum ist allein ein Wachstum der Teilzeitstellen, die Teilzeitquote stieg von gut 18% in 2008 auf über 30% Ende 2018. Auch hier ist es zu erheblichen regionalen Ungleichgewichten gekommen. In Cottbus und Frankfurt/O. sank die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt sogar, in drei an Berlin grenzenden Landkreisen nahm auch die Zahl der Vollzeitstellen um 8,1% bis 15,8% zu. Gleichzeitig ging die Zahl der Vollzeitstellen in den Gebieten mit hoher Abwanderung deutlich zurück. Der Verlust von Arbeitsplätzen kann die Abwanderung forciert haben, er hat aber auch zu mehr Mobilität auch in den Randgebieten geführt. Die wachsenden Mobilitätsprobleme auf dem Weg zur Arbeit und zunehmende Wegezeiten - auch bei Teilzeitstellen - wurden zu einer ständigen Quelle von Alltagsverdruss, zumal immer weniger verständlich ist, warum die Reaktionszeiten »der Politik« auf veränderte Mobilitätsanforderungen und -bedürfnisse so lang sind.

Der anfängliche Hinweis auf die zusätzliche »halbe« Teilung erklärt sich, wenn man die Frage stellt, ob eigentlich der nördliche Rand, die Prignitz, außer der Randlage zum Berliner »Speckgürtel« etwas mit dem südlichen Rand, der Lausitz gemeinsam hat. Hier dürften die Gemeinsamkeiten mit den sächsischen Lausitz-Kreisen Görlitz und Bautzen allein schon wegen des Status »Braunkohle(ausstiegs)revier« größer sein. Jedenfalls stellt das angekündigte Ende der Braunkohle einen zusätzlichen, qualitativen externen Schock für die regionalen Lebenswelten statt.

Sachsen

Ohne Text - Siehe Grafiken 2 und 3, Tabellen 4 und 5 im Anhang B.

Die WAHLNACHTBERICHTE sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erschienen erstmals anlässlich der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Seit 2010 werden sie regelmäßig auf den Seiten der Rosa-Luxemburg-Stiftung veröffentlicht. Die Auswahl der Daten sowie die Kommentare und Interpretationen der Wahlergebnisse liegen in alleiniger Verantwortung des/der Autoren und beruhen auf den in der Wahl Nacht öffentlich verfügbaren Informationen. Sofern keine unverhältnismäßigen Verzögerungen bei der Auszählung auftreten ist der Zeitpunkt der die Bekanntgabe des vorläufigen amtlichen Endergebnisses zugleich der Stand der verwendeten Daten.